

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 219 Nr. 33

Bezugspreis: monatlich 2 G., vierteljährlich 6 G., halbjährlich 12 G., jährlich 24 G. — Entnahmen nach amtlichen Preisen. — Einzelhefte 10 Pfennig. — Abnahme nach Vereinbarung. — Druck und Vertrieb durch die Verlagsanstalt Sächsische Zeitung. — Halle-Saale. — Fernrufzentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postfach 20512.
Halle-Saale
Dienstag, 9. Februar 1926
Verlagsanstalt Berlin, Bernburger Str. 30. Fernruf 211. Kurierf. Nr. 6290
Elaine Berliner Schriftleitung. — Derlag u. Druck von Otto Kietz, Halle-Saale

Eine Hohrede Mussolinis gegen Deutschland

Stressemann will Mussolini antworten

Der verspottete deutsche Italienreisende
Nr. 8, 8. Februar.

Mussolini hat wieder einmal mit dem Säbel gekrafft. Diesmal begrüßte er Deutschland mit einer Gehrbe, die dem bisherigen Verhalten des Faschismus gegenüber dem Deutschen Reich die Krone aufsetzt.

Nach der Annahme des Ovettes über die militärische Jugend-erziehung in der Kammer schritt Mussolini unter italienischem Beifall zur Redeübernahme und ergriß zu der von dem Reichsleiter für die in a c c l eingeleiteten bringenden Interpellation über die Er-klärungen des kaiserlichen Ministerpräsidenten Graf von Hert- sein Sarkasmus über die Kanarische Inseln laute Oetier-keit. Dann sprach er mit Erregung von „Gehörten Lügen der Deutschen Presse“. Er demontierte die Nach-richt, die italienische Regierung habe ihr Bedauern wegen der Demarkation von der deutsch-italienischen Grenze aus-gesprochen. Die Schlusssätze, Italien werde, wenn nötig, die Tri-est-Linie auch über die Grenze tragen, lösten er-neuten Beifall aus. An den Ovationen beteiligte sich auch die Opposition. Die Redaktionen und die Zeitungsleser folgten ihm an. Wegen der Wichtigkeit der Rede hat die Redaktion fester registriert, es ist veröffentlicht war. Der amtliche Wortlaut der Rede wurde daher erst in den späten Abendstunden bekannt.

Nach diesem Genugtuend antwortete Mussolini auf die Interpellation des Reichsleiters a. a. wie folgt:
Die faschistische Regierung hat während der letzten Jahre eine gemächliche Politik Deutschlands gegenüber verfolgt. Sie hat sich niemals davon von der Niederlage getroffenen Verle-ger gegenüber Weisungen lassen und hat sich allen schmerzlichen Mahnungen gegenüber. Die Deutschen, sowohl die Offiziere, als auch die Soldaten, sind sehr anerkannt. Nach langwierigen Verhandlungen haben wir im vergangenen Jahr einen Handelsvertrag mit Deutschland abgeschlossen, den ersten, den Deutschland nach dem Frieden von Versailles abgeschlossen hat. Und jetzt, nach dem Abkommen von Locarno, und nach dem Abfall des Span-derbeschwertes, entwickelt sich in Deutschland plötzlich die auf ein gepöbeltes Schicksal hin eine anti-italienische Kamp-agne, die ebenso absichtlich wie lächerlich ist. Es war eine Woge, als man von der beschuldigten Entfernung des Den-kiel als Zeichen von der Sozialdemokratie in Frage sprach. Wir respektieren die Rechte, selbst wenn sie mittelbar sind.

Aber wir können es nicht dulden, daß Walter von der Vogelweide und Dante gegenübergestellt werden, denn das hieße, den Monte Bianco (das ist die niedrige der beiden Hügel des antiken Mon, auf dem heute die Gärten der Villa Bonaparte mit dem Oetzel des In a l liegen. — Die Schriftstäl-ler mit dem Sinn für die Welt (Reichsleiter). Wir werden dem Denkmals Walters seinen Platz lassen, aber wahrscheinlich wird sich auf einem Weg von denen, die den Stempel des italieni-chen Volkes ein Denkmal für Cesare Valturi aufstellen können. Dagegen hat man von den Anmerkungen und Gepöbeln der Faschisten gesprochen, und in den deutschen Zeitungen erschienen haarsträubende Beschreibungen von Gewaltthaten, die gegen deutsche Touristen unternommen worden seien und von denen mit Stolz mit einer vicenomanischen Verpöbelung zur Kenntnis gebracht worden sind.

Man sprach von einer Entschuldigungs, die die italienische Regierung an die deutsche Botschaft in Rom wegen der studentischen Demonstrationen gerichtet habe. Auch das ist eine dumme Lüge.

Aber wenn das alles genügt hätte, um das Herzogtum aus der Deutschen „Stimmung“ heissen, so würde es doch nicht aus, um die sogenannte „Ökonomische“ (Mussolini) warnte diese beiden deutschen Worte an, die nicht, d. h. jene halb materialistische und halb vermeintliche Geistesmaterialität.

Nach all den Lügen sprach man schließlich vom Boykott der italienischen Waren und des Reiseverkehrs nach Italien.

lassen Sie mich ein für allemal über diesen Reiseverkehr folgen-der sagen: Wir sind ein herzogtum gesitteter, freundlicher Volk. Das kommt von unserer tausendjährigen Kultur (Sehr gut, Beifall) und wir wollen so bleiben, selbst wenn man eine unehrliche Gaffenschaufel mitbraucht, selbst wenn ein primitiver Reifer, der beim Sehen unseres Volkes nur über verächtliche lächerliche steht, und wenn man ihre primitiv geliebte Anbidener durch unsere Straßen wandern läßt.

Wer niemand darf sich der Zäufung hingeben, Italien darf Boykott seines Reiseverkehrs gewinnen zu können. Waschen Sie von ganz anderen Dingen und verführt über ganz andere Streit-quellen. Auf jeden Fall aber nicht zu der Frage des Boykotts erörtern, daß, wenn morgen dieser Boykott praktisch durchgeführt würde, und wenn er die stillschweigende Zustimmung der verant-wortlichen Behörden hätte, so

würden wir mit einem Boykott in Lundrat und auf evtl. Repressalien mit Repressalien in der beiden Boten antworten

Wenn ich so spreche, so glaubt, auf alle Fälle der Sache der Kultur und selbst der Sache des Friedens zu

dienen. Einige glauben, daß nach den Protesten der in Beneidig anstößigen Konjunktur und verschärfender Deutlichkeit, die in Italien ruhig ihren Handelsgeschäften leben, all das ein Ende nehmen würde. Das ist aber nicht eingetreten. Im Gegenteil sehen wir jetzt vor der Rede, die der bayerische Ministerpräsident in Geld im bayrischen Landtage gehalten hat, und in der er sagte: Wir wissen alles nun, um zu einer Befreiung der Lage in Südtirol zu gelangen, und alles, was den Deutschen an der oberen Etsch die Freiheit geben kann, und auch von diesem Abbe- aus muß sich der italienische Volk gegen die bayerischen Ver-gewaltigungen in Südtirol erheben.“ Ich er-kläre, so sagte Mussolini, daß diese Rede einfach unerhörte ist. Unerhört vom diplomatischen Standpunkt aus, denn es bestand niemals eine Frage des oberen Südtirols. Sodann aber wurde die Frage des oberen Trentino durch die Friedensver-träge geregelt, und zwar durch den Vertrag von St. Germain mit Oesterreich. Es ist unerhört, von Vergewaltigungen und brutalen Vergewaltigungen zu sprechen, die die faschistische Regierung im oberen Trentino begangen hätte.

Wir machen im oberen Trentino eine Politik der Italianität. Wir betrachten keine Bewohner als italienische Staatsbürger, indem wir dort unsere Oetzer zur Geltung bringen. Nur alle Hülle lege ich Wert darauf, zu erklären, daß die italienische Poli-tik in der Südtirol-Frage nicht um eine Linie nachgeben wird. Wir werden alle unsere Oetzer, jene, die bereits erlassen sind und jene, die noch herauskommen werden, streng methodisch und abh-ang Anwendung bringen, mit jeder Methode der Lößlichkeit Aus-weise, die dem Faschismus eigen ist. Wir werden jenes Gebiet wieder zu einem italienischen machen, denn es ist italienisch, natürlich aus geographischen und historisch aus rechtlichen Gründen. Zufällig kann man von Brenner sehr wohl sagen, daß er die Grenze darstellt, die von der unerschütterlichen Hand Gottes festgelegt wurde. (1)

Die Deutschen im oberen Etsch stellen nicht eine nationale Minderheit dar, sondern eine ethnische Minderheit. Es handelt sich um 180.000 Seelen (nicht 180.000, sondern 250.000) Die Schätzungen, während der Deutschen in der Etschdo-romale 3 1/2 Millionen, während der 5 Millionen Tschechen aus-machen. Von diesen 180.000 Seelen befaßt sich, daß unter ihnen 80.000 deutsch gewordene Italiener sind, die wir zurückgewinnen versuchen werden.

Dem deutschen Volk aber sagen wir: Das faschistische Volk will die ein würdiger Freund sein, aber ein Freund, der die in die Augen sieht, ein Freund mit dem Hände nach oben, ein Freund außerhalb der für uns unannehme überleben „Kultur“.

Meine Rede muß als ein wichtiges und diplomatisches Stellungnahme betrachtet werden.

Ich hoffe den Wunsch, daß sie von allen jenen gehört werde, die sie hören sollen, damit die italienische Regierung nicht zu einer konkreten Antwort sich entschließen muß, wie es geschehen würde, wenn morgen die deutsche Regierung die Verant-wortung übernehmen würde für das, was sich in der Etsch abgehebt hat. Ich hoffe, daß die italienische Regierung, die sich in der Etsch abgehebt hat, die italienische Regierung, eine jener Zeitungen, die ich sehr aufmerksam lese, brauche umläßt über jedes Wort, das ich über die Etsch sage. Das faschistische Italien wird niemals seine Pläne auf dem Brenner freisetzen! Ich habe das Wort dem Direktor mit folgender Verpflich-tung zurückgegeben: „Das faschistische Italien kann, wenn es nötig sein sollte, die Triester weiter vorwärts tragen, aber nie-mals niederlassen.“

Die Rede Mussolinis hat in politischen Kreisen Berlins außerordentlich hervorgehoben. Die amtlichen Stellen legen sich zwar vorerst nach Zurückhaltung auf, da bis Sonntag abend noch nicht der amtliche Wortlaut der Rede Mussolinis ein-getragen war. Sobald dieser bekannt ist, wird man wohl an-nehmen können, daß die Reichsregierung dazu Ein-ladung nimmt. Wie wir erfahren, wird der Reichsaußen-minister Dr. Stressemann voraussichtlich anlässlich der Be-ratung der deutsch-italienischen Angelegenheiten über die Südtirol im Standpunkt der Reichsregierung darlegen. Im übrigen weist man in Berliner politischen Kreisen darauf hin, daß die Sprache des italienischen Mi-nisterpräsidenten wohl kaum geeignet ist, die angelegentlich internationalen Beziehungen zu fördern, was am 10. Januar, als Italien das auch ein Unterzeichner des Locarno-Vertrages und Stützen auch Mitglied des Völkerbundes ist. Im übrigen scheint es, als ob Mussolini — ob mit oder ohne Absicht, was vorerst dahingestellt sein — die Diskussions-sach vollkommen verlassen hat. Niemand in Deutschland denkt daran, die Reichsregierung zum Gegenstand internationaler Erörterungen zu machen.

Man kann in Berlin die Ausführungen Mussolinis nur so verstehen, daß er es wohl aus innerpolitischen Grün-den für notwendig hielt, die Grenzfrage aufzuwerfen. Der Standpunkt Deutschlands in der Südtirol-Frage ist schon wieder-holt eingehend behandelt und dargelegt worden. Die Zurück-haltung handelt es sich um eine politische Frage. Es handelt sich um die deutsche Politik, die sich mit der deutschen Bevölkerung Südtirols befaßt zu sein im Kampfe um die angekamme Sprache und Kulturinstitutionen.

Um Südtirol!

von Graf E. v. Zedtwitz

Als im Juni 1921 die Abgeordneten Deutschsüdtirols in die italienische Kammer eingezogen, erinnerte der erste Sprecher der Deutschen, Dr. v. Walfert, daran, daß seit dem Bestehen Neulands in der römischen Kammer zum ersten Male Vertreter eines Volkes sitzen, das in seiner Vereinigung mit Italien nicht die Krönung seines nationalen Selbstens erleben könne, nachdem Italien seit zum ersten Male seine Grenzen ausgedehnt habe, nicht als Befreier von Volksgenossen, sondern als Eroberer eines ihm fremden Volkes. Von diesem Volke bekannte Romolo Goggele schon ein Jahr zuvor im „Giornale delle Gerarchie“. „Die Südtiroler sind Deutsche, ein Volk mit ausgesprochenem hoher nationaler Charakter“. Goggele unterzog dort die bisherige Tätigkeit der römischen Regierung in der neuen Provinz einer vernichtenden Kritik und gab den Italienern schließlich den Rat, die Südtiroler als einen Zweig der großen deutschen Familie anzusehen und so zu behandeln, wenn Unheil verhütet werden sollte. „Das Wehrrecht, das lokale Verkehrgesetze, die alten und neuen Autonomien, kurz, das gesamte öffentliche Leben dieses alten Bergvolkes muß gesichert und von der Staatsautorität befestigt werden. Man muß davon ablassen, die sprachliche und kulturelle Autonomie der neuen Provinz zu schwächen und die Ge-fährde dieses Volkes zu bekämpfen. Nichts wäre gefährlicher, als ein solches Unternehmen. Was auch immer unsere Regierung dort zu tun denkt, das eine ist sicher, daß Italien sich der Mahnung Virgils erinnern und zutun müssen, was auf seiner Nordgrenze ein „corpus separatum“ in voller Bewegungsfreiheit leben muß, nur vollständig vom Staate überdeckt. Jede andere Politik wäre zum Scheitern verurteilt.“

In jener Zeit war die italienische Regierung mit dem inneren Schwächen ihres Landes zu sehr beschäftigt, um die gemächliche Italianisierung Deutschsüdtirols in An-griff nehmen zu können. Diese begann erst mit dem Auf-kommen der Faschisten, deren Regime, auf reiner Gewalt beruhend, einen raschen Erfolg benötigte, um sich einzuführen und halten zu können. In diesem, um gegen die Großen etwas ausrichten zu können, stützten sich die Faschisten auf die Wehrloten und hielten sich in der Außenpolitik mit der Aktion gegen Griechenland, im Inneren aber in Südtirol, den ererbten Triumpf. Nach Jahren faschistischer Gewalt-herrschaft, d. h. unerbörter Verfolgung und Unterdrückung, ist nun ein großer Teil des kochendsten Erfolges erreicht: Südtirol ist eine italienische Provinz, die sich nach außen von den anderen nur unterdrückt durch ihre geliebte, arbeitame Bevölkerung, ihre reinlichen Städte und Dörfer und die Sprache ihrer Bewohner. Doch auch dies alles mag nicht rasch verschwinden und der „Assimilationsprospek-tum“ schneller vor sich gehen, ist die Aufgabe des Senators Lohmeier, den Mussolini vor drei Jahren zum Zwinnersen Südtirols eingeleitet hat. Als Lohmeier im Juli 1923 im Wogener Stadtheater sein Programm entwickelte und den Vernichtungskampf gegen eine Viertelmillion Deutscher verkündete, da hielt es niemand für möglich, daß die Ita-liener durch die Vernichtung dieser Hälfte die Untaten der Tschechen, Polen und Franzosen noch überbrücken würden. Und doch ist es geschehen. Das blühende deutsche Schulwesen Südtirols ist vernichtet, deutscher Privatunter-richt verboten, selbst die Kindergarten sind abgeschafft, und wehe den deutschen Eltern, deren Kinder mit einem „Frei-lich“ Lehrbuch angetroffen werden! Die deutschen Frei-schulen wurden vertrieben, wie in der Schule, so darf der Südtiroler auch in der Kirche nur italienische Worte hören. Deutsche Vereine, auch solche zu rein kulturellen und sport-lichen Zwecken, sind verboten. Die deutschen alpinen Ver-einigungen wurden am 3. September 1923 aufgelöst, nur ihr gesamtes Eigentum den Italienern „Club Alpin“ überlassen. Damit sind die 75 Stützen des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins, des Regener, Rettungs-vereins, kurz alles, was in jahreslangem Arbeit dort ge-schaffen wurde, der italienischen Mitsprache überant-worfen. Die deutsche Presse Südtirols hat aufgehört zu existieren. Die Regierung, welche die Einstellung der alten deutschen Zeitungen erzwungen hat, wird nun dort ein faschistisches Parteiblatt herausgeben, das — unter Mit-wirkung deutscher Verleger — als „Abendzeitung“ in deut-scher Sprache erscheinen wird. Die deutschen Beamten Südtirols werden vertriebt oder nach Italien vertriebt, in allen Kreisen darf nur die italienische Sprache gebraucht werden. Kein deutscher Richter mehr, selbst der Brenners. Die Gerichte sind jetzt durchwegs mit erprobten Faschisten besetzt, doch haben diese wohl nur die „großen“ Fälle zu behandeln. Im allgemeinen wird die Justiz dort von den

Faßlistenbanden ausgeübt, die Lohmet auf jeden löst, der verständig ist, an der deutschen Kultur und an seiner Mutterbräde zu denken. Die zahllosen Ueberfälle bewaffneter Banden auf deutsche Städte und Gemeinden, die Ermordung Innerer, die Mißhandlung Berühmter und anderer Führer der Deutschen, die Schändung der alten Denkmäler, das alles zeigt, daß der Deutsche in seiner Heimat jetzt vogelfrei und rechtlos geworden ist.

Die jüngsten Ereignisse in Südtirol sind noch in frischer Erinnerung. Mitte Januar erließen ein königliches Dekret, das die Südtiroler befohl, ihre Familiennamen, die in andere Sprachen überlegt, durch fremde Schreibweise oder durch Hinzufügung fremder Endungen entstellend, in italienische Formen zurückzuführen. Zuverfügbare werden mit einer Geldstrafe von 5000 Lire bestraft. Am 18. Januar erließen ein neuer Erlass, der entgegen den Klagen Bestimmungen des Völkerrechtes und der Friedensverträge die italienische Staatsbürgerschaft, jedweder zur Erwerbung der italienischen Staatsbürgerschaft, jedweder zu widerrufen, wenn sich die begünstigte Person durch ein Verhalten des italienischen Staatsbürgers unmöglich macht und diese sofort auszuweisen. Der deutsche Student Urbin, bei dem an der Grenze einige Schul- und Kinderbücher zur Verteilung an arme Südtiroler Kinder gefunden wurden, wurde sofort verhaftet und erst nach Wägiger Steuerhaft infolge Intervention des englischen Generalkonsuls freigelassen. Urbin bedrückte schreckliche Einzelheiten über die sanitären Verhältnisse in den italienischen Gefängnis, in dem er mehr als 30 Südtiroler fand, die angeblich wegen „staatsfeindlicher Umtriebe“ verhaftet worden und seit einem Vierteljahr vergebens auf ihre Freilassung warten. Und weil es Mussolini anscheinend nicht genügt, „nur“ die Südtiroler Deutschen nach Belieben drangalieren zu können, ging der Faschistenhüpfel nun zum Angriff auf Deutschland selbst über. Vor einigen Tagen veröffentlichte der „Mevit“, das Hauptblatt Mussolinis, eine Unterredung mit Mussolini, der u. a. erklärte: „Ich habe in den letzten Tagen oft Caesars Buch über den gallischen Krieg gelesen und erinnere mich dabei, daß die Deutschen heute wie damals die Feinde Italiens sind. Es ist die Aufgabe Italiens und Frankreichs, sich gegenüber diesen gemeinamen Feinde zu verständigen...“ Ich halte es für notwendig, Deutsche gegenüber einer feineren Sprache zu führen. Die maßlose Sage der faschistischen Presse gegen Deutschland führte nun zu den deutschfeindlichen Demonstrationen in Bari, Catania, Mailand und Rom, die größtenteils direkt auf einen Schmachartikel zurückzuführen sind, den der Bruder Mussolinis verfaßt hat. Und damit dies alles bei uns auch gewiß nicht mißverstanden wird, schrieb vor kurzem der „Popolo d'Italia“, das Organ der faschistischen Regierung: „Das Italien Mussolinis kann auf den deutschen Heerführer verzichten“.

Wirklich? Lassen wir Zahlen sprechen. Im Jahre 1924 — die italienische Statistik für 1925 ist noch nicht erschienen — reichten 186 000 Deutsche nach Italien und ließen dort nicht weniger als 646 Millionen Lire. Diese Summe kann das Italien von heute nie und nimmer erheben. Setzt auch die Industriellierung Italiens in den nächsten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, so ist der Fremdenverkehr doch noch immer die bedeutendste „Industrie“ und die beste Einnahmequelle des Landes. Würde diese auch nur kurze Zeit verfallen, so würden die Faschisten sehr bald erkennen, daß sie sich auf solchen Wegen befinden und zur Umkehr genötigt werden. In dieser Erkenntnis haben führende Männer aller Stände und Parteien unter Vorkauf der, das italienische Sprachgebiet solange zu meiden, bis die Führer Italiens Deutschland und Südtirol gegenüber andere Töne anschlagen. In dem Aufruf, den die „Deutschnationale Vorkaufpost“ vor kurzem veröffentlichte, heißt es: „Das italienische Volk, das Volk der Tierquälerei, hat mit Menschen kein Erbarmen. Die wichtigste Aufgabe können es zwingen, Italien kann auf die Dauer auf die Goldminen des deutschen Heerführers nicht verzichten. Versteht diese Quelle, so leidet die italienische Volkswirtschaft aufs schwerste. Wie ein Sturmwind soll es durch ganz Deutschland brauen: heißt den deutschen Stammesbrüdern! Fahrt nicht nach Italien! Ihr könnt nicht helfen mit Protestversammlungen und durch Veranstaltungen mit Tee und Tanz. Nur eines kann helfen: Verzicht auf eine Fremde um Südtirols willen! Kein Deutscher lege seinen Fuß auf italienischen Boden, solange Südtirol gefestigt wird. Wer jetzt nach Italien reist, ist nicht Deutscher. Jede Reise nach Italien ist Verrat an Deutschland. In Berlin an Südtirol, in Deutschland an Deutschland und Frauen haben nicht. Auf solche Geleiste und für diesmal auf ihre Italienerie verzichten. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Der große Geheimrat Prof. Dr. Cuden hat die Einladung zum internationalen Wissenschaftenkongress in Rom abgelehnt, mit Rücksicht auf die Unbillen, die den Deutschen Südtirols zugefügt werden und die den elementaren Geboten der Moral widersprechen.“ Prof. Kerckhoffers-Münden hat sich ihm sofort angeschlossen. Folgt ihnen Beispiel! Weidet Italien, das seine Stammesbrüder in unerhörter Weise unterdrückt, dessen Presse unsere Sprache und Kultur lächlich verhöhnt, dessen führende Männer sich offen als unsere Feinde befehlen! Dieses kleine Opfer müssen wir für unsere Volksgenossen und unsere eigene Ehre bringen. Es kann und darf nicht sein, daß jetzt wiederum Deutsche dorthin pilgern und unter unverschämtesten Gernern neue Millionen bringen — zum Kampfe gegen Deutsche!

Gegen Mussolinis Unverschämtheiten

Berlin, 8. Februar.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Die ungläubigen Entsetzungen, die der italienische Ministerpräsident Mussolini in seiner Rede sich bei den Deutschen erweckt hat, werden noch einem Ausbruch in Afrika als eine Kriegserklärung und als „offene Erklärung feindlicher Absichten gegen Deutschland“ angesehen. Man kann feststellen, daß von Deutschland selbst diese amerikanische Meinung vollkommen geteilt wird und daß sich diesmal alle Parteien eines Besseren fühlten, daß Herrn Mussolini eine unabweisbare Antwort erteilt werden muß, wenn auch Deutschland infolge seiner militärischen Ohnmacht nicht in der Lage ist, einer solchen Antwort den genügenden Nachdruck zu geben. Das Reichskabinett, das heute morgen um 11 Uhr zusammengetreten ist, wird unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, sondern des Reichsministers, hat sich denn auch mit der Rede Mussolinis befaßt und vor den Abwehrmaßnahmen gegen diese

Berliner Kabinettsrat über den Völkerbundsseintritt

Deutsche Voraussetzungen

Berlin, 8. Februar.
(Eigener Drahtbericht.)

Wie wir erfahren, ist heute vormittag um 11 Uhr das Reichskabinett zu der angelegentlichsten Ministerbesprechung zusammengetreten, um über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Formulierung der Eintrittsnotwendigen Bedingungen zu fassen.

Man erzählt, daß die Reichsregierung voraussichtlich in der Annahme zum Völkerbund einige Erklärungen von prinzipieller Natur aussprechen wird, insbesondere wird voraussichtlich auf die deutschen Erklärungen und Noten verwiesen werden, in denen die verschiedenen Voraussetzungen gekennzeichnet waren, die Deutschland an den Abschluß der Sicherheitsverträge und an den Eintritt in den Völkerbund knüpfte. Die Vorbehalte gegen Artikel 16 des Völkerbundespaktes, die deutsche Auffassung in der Kriegsausfrage und ähnliche programmatische Punkte werden darin noch einmal zur Sprache gebracht werden. Die große Mehrzahl der Ministerpräsidenten hat sich mit diesen Absichten der Reichsregierung einverstanden erklärt.

Nach den letzten Meldungen hat sich das Kabinett mit Rücksicht auf die Sprache Mussolinis vor allem mit der italienischen Frage befaßt und nur in zweiter Linie die

Drohung die Beobachtung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zurückzuführen.

Es dürfte im Laufe des Tages eine Mitteilung, die als erste Antwort gegen Mussolini anzusehen ist, der Öffentlichkeit übergeben werden. Des weiteren wird der Außenminister bei der Beratung des Staatsrats den Vorschlag für die Ausarbeitung der dem Völkerbund zu stellenden deutschen Bedingungen zur Sprache bringen. Der italienische Seite liegt bezüglich der Verhältnisse in Südtirol im Vordergrund eine Interpretation vor und man erwartet, daß auch von den anderen Parteien entsprechende Anfragen und Antworten gestellt werden, die dann dem Außenminister eingeht. Das wirksamste Mittel, das Deutschland in der Hand hat, um der italienischen Unverschämtheit zu begegnen, ist die immer härter aufzuweisende Widerbewegung nicht nur gegen Italien nach Italien, sondern auch gegen die italienische Presse, insbesondere die Presse und die deutschfeindliche Bewegung nach mehr von großen Verbänden in die Hand genommen und organisiert werden, damit sie sich auch in genügend starkem Maße auswirkt.

In der Berliner Presse, soweit sie am Montag erscheint, begegnet die Mussolini-Rede einer übereinstimmenden und entschiedenen Verurteilung. Aber auch aus dem Ausland liegen bereits Stimmen vor, die von einem starken Besorgnis über den herausfordernden Ton des italienischen Ministerpräsidenten sprechen. So soll die Rede in amerikanischen Kreisen starkes Aufsehen erregt und bereits zu Rückfragen Veranlassung gegeben haben. Englische Wälder tragen die Rede größtenteils kommentarlos ab, weil auch sie den amtlichen Wortlaut abwarten. Nur die „Sunday Times“ gibt eine zusammenfassende Darstellung der Ereignisse, die zur Spannung geführt haben, spricht die Hoffnung aus, daß diese, ohne größeren Schaden zu verursachen, beigelegt werde, und bedauert den Zwischenfall. Schnelle Stimmen liegen auch aus Schweden vor.

Die römische Presse schwimmt in Begeisterung über die „Thronrede“ Mussolinis. Von Einzelheiten ist noch nachzutragen, daß die Kommunisten noch vorher den Saal verlassen, die Sozialisten sich aber an den Debatte beteiligten. Als Mussolini an den Ministerpräsidenten, sagte King Scola seine Hand. Der Vorstand der Comintern dröhnte ihm, die sein Spiel zu eben Spier im Geiste von Vittorio berit. Der „Popolo d'Italia“ bringt das Bild „König Mussolinis“ mit dem Kriegshelden Delcroix unter der Ueberfahrt „Der Schutzherr des Brenners“. Das Bild glaubt, Europa werde wohl etwas verwirrt sein über eine solche Vorgehensweise. An der sofort begonnenen Sammlung für den Völkervertrag des Trentiner Vorkaufpost beteiligte sich Mussolini mit fünf Lire. Durch alle Kommentare geht, was auch durch die Rede, bei allem Spott doch der Wunsch nach der deutschen Freundschaft. Man erwartet mit Spannung die Erklärungen Stresemanns auf die Rede Mussolinis.

Die Pariser Presse heht

Paris, 8. Februar.
(Eigener Drahtbericht.)

Die Pariser Presse geht fast allgemein auf die deutsch-italienische Spannung ein. Der „Avenier“ stellt den letzten Worten Mussolinis den Ton der Pariser Regierung gegenüber. Mussolini habe in Deutschland nur bewirte Proteste hervorgerufen, während das Reich in der Frage der Truppenbestände in Meinland eine ganz andere Sprache geredet habe. Der „Avenier“ schreibt, Mussolini habe das Spiel des Reiches begriffen. Eines der wichtigsten Ziele Deutschlands sei die Wiedergabe der Brennergrenze (!). Mussolini habe dieses Räuber zum Stillstand bringen wollen. Die „Vieille“ glaubt, Mussolini habe, daß sich der Anschlag unter den Augen des Völkerbundes vollziehen, und daß er eine Aufgabe werden würde, wenn Deutschland sich nicht hätte vollkommen erboten. Der „Deuxieme“ meint, es ist das Schicksal Mussolinis, daß ihm seine Rolle als Diktator zu Worten und Taten verleihe, die zu ersten Verwicklungen führen könnten.

Vor weiteren Ausweisungen

Wegen, 7. Februar.
(Eigener Drahtbericht.)

Dowohl von amtlicher italienischer Seite, als der Veröffentlichung des Textes über die Möglichkeit des Abbruchs der Option ausdrücklich und wiederholt betont worden war, daß von dieser Maßnahme nur in ganz seltenen Fällen Gebrauch gemacht werden sollte, sind bisher gegen vierzig Ausweisungen Befehle ergangen. Dies veranlaßt, weitere Ausweisungen zu erwarten. Man ist sich nicht ganz sicher, ob die Ausweisungen von Personen, die sich Angehörige aller Berufs, hauptsächlich aber sind frühere Staats- und Landesbeamte.

Neue Fernemären

Berlin, 7. Februar.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Die Einzeligkeiten überleben sich in der Erzählung von immer ungläubigeren und tolleren Fernemären. So will jetzt die „Nationalzeitung“ die Fernemären des ehemaligen

Völkerbundsangehörigkeit erweist. Die letzte Frage laut einem späteren Kabinettsrat vorbehalten bleiben.

Der Kampf um die Völkerbunds-ratsfrage

London, 8. Februar.
(Eigener Drahtbericht.)

Das Bestreben einiger Mächte, wie Polen, Spanien und Brasilien, sich anlässlich der Ausrufung eines permanenten Sitzes an Deutschland aus ihrerseits um einen permanenten Sitz im Völkerbund zu bemühen, gibt den „Times“ Anlaß zu einer sehr ersten und maßgebenden Kritik inspirierten Warnung gegen eine solche Politik. Der Völkerbund ist ein von Anfang an als ein solcher permanentes Sitz im Völkerbund für die hohen Großmächte England, Frankreich, Italien, Amerika, Japan, Deutschland und Rußland vorbestimmt. Jede Ausrufung eines anderen ursprünglichen Sitzes ist außerordentlich gefährlich und müßte mit größter Vorsicht betrachtet werden. Polen müßte eine Probezeit durchmachen. Außerdem müßte es eine ernsthafte Bedingung der Völkerbundsangehörigkeit als Bedingung sein, daß die Ausrufung des permanenten Sitzes beantragt werden würde, herbe aus einer Volksentscheidung, die eine große Anzahl von Anträgen auf permanente Sitz im Völkerbund hervorgerufen würde. England fände naturgemäß alle diesen Ausrufungen ein Verstoß entgegenzusetzen. Und es über eine ungewisse Lage und man müßte sich dessen bewußt sein, daß der Völkerbund auf seiner ursprünglichen Fassung beruht, daß die Sitzung im März ausschließlich der Frage der Aufnahme Deutschlands vorbehalten.

Adjunkten des Oberleutnants Schulz gemacht haben, der erzählt, daß ein Feldwebel Stegge angeblich einmal den Auftrag erhalten habe, die Berliner Wälder in die Luft zu sprengen. Weiter sei der Plan verfaßt worden, Herrn Schenk zu ermorden. Offenbar ist das Blatt einen landestheiligen Wüstentitel aufgegeben. Der Zweck der Wälder der Wälder tritt der wälder Landtagsabgeordnete Wulle nimmere aus mit einem Schreiben entgegen, in dem er feststellt, daß nach Auskunft der Staatsanwaltschaft kein Strafverfahren gegen ihn im Gange ist und daß nach Auskunft der Staatsanwaltschaft ein allgemeines Ermittlungsverfahren nur noch nicht abgeschlossen ist. Wulle hat der Staatsanwaltschaft sowie dem Polizeipräsidenten erklärt, wenn auch nur der geringe Anhaltspunkt für ein Verfahren gegen ihn vorläge, so werde er sofort beim Landtag die Aufhebung seiner Immunität verlangen. In einem Schreiben an den preussischen Justizminister richtet er die im Interesse des Hauses der Abgeordneten selbstverständliche Bitte an das preussische Justizministerium, die zuständigen Stellen zu veranlassen, alle geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um der beispiellosen Verletzung der öffentlichen Meinung Einhalt zu setzen. Wegen die „Blatt Wälder“ hat der Wälder hat der Staatsanwaltschaft eine weitere Scheit abgedruckt, das preussische Justizministerium bemüht zu sein, der Wälder immer neuen Wälder zu schaffen. Vom Landgericht III ist offenbar nicht aus eigener Initiative ein Verfahren gegen den Schwabinger Landtagsabgeordnete i. W. eröffnet worden, was bereits früher wegen Eingeklagung der Revolutionäre Dornbach und Joseph eine Untersuchung schwand, die „er eingeklagt wurde, da die beiden Verbrecher auf der Flucht erschossen worden waren.“

Mitgabe der gestohlenen deutschen Kurierpost

Berlin, 8. Februar.

Man meldet aus Moskau: Die den deutschen Gelegenheitsarbeiter aus Rußland gestohlene Post des deutschen Generalkonsulats in Moskau wird am Sonntag den deutschen Wälder in Moskau wieder abgeholt werden. Der russisch-lettsche Konflikt möge des Ueberfalls auf die beiden Konfliktfälle hat sich weiter verschärft, da die Sowjetregierung für sich das Recht in Anspruch nimmt, auf der Unterzeichnung des Konflikt durch ihre Vertreter beteiligt zu sein. Die lettische Regierung hat jedoch diese Forderung abgelehnt und betritt den Standpunkt, daß sie aus Rechtsgründen dies nicht gestatten kann, gleichgültig, ob der Konflikt politisch oder nur kriminellen Charakter trage.

Graf Ludners Weltumsegelung

In einem baherfüllten Artikel in der „Vossischen Zeitung“ am 31. Jan. d. J. berichtet Herr Prof. Dr. Gildbrandt den deutschen Seehelden Graf Georg von Ludner und sein neues Unternehmen mit Schmutz zu beehren. Zunächst nennt er den Grafen einen wälder Diktator, was um so unbedeutender ist, als der Graf jetzt bei lebendem Herrschaft. Der Graf darauf legt, nur als deutscher Mann zu sprechen, der seinen Vaterland durch die Tat helfen will, ohne einer politischen Ueberzeugung zu huldigen. Er, der sowohl von den Deutschen als auch von den Armen mit gleicher Begeisterung gefeiert wird, ist ein Mann, der mehr Einfluß auf die deutsche Weltlage ausübt, als je ein verheerender Reformator. — Ludner wird in Kürze seine Weltreise antreten, nicht, wie Herr Dr. Gildbrandt behauptet, um für sich Ruhme zu machen — das hat der in aller Welt gleich gedachte „Seemann“ nachdrücklich nicht nötig — sondern, wie schon gesagt, um seinem Vaterland durch die Tat zu helfen und die Eigenliebe, die noch immer im Auslande über Deutschland verbreitet ist, durch Verweigerung zu zerschlagen. — Das Ludner auch überall willkommen ist, davon zeugen die so zahlreichen Einladungen aus Nord- und Südamerika, Ostasien, Indien und nicht zuletzt aus Australien, wo Ludner seine Gelegenheitsarbeit verrichtet hat. Die Reisezeitung fügt die Einladung 500 Pfund Sterling als Belohnung hinzu. Ludner hat ihnen das Geld zurückgelassen, mit der Bitte, es schwererwunden neuzulandigen Soldaten zu gute kommen zu lassen; er selbst ist nicht so arm, um sich als Welt das Belohnung spenden zu lassen. So handelt der Mann, dem Herr Dr. Gildbrandt „geistliche“ Meinung zusprechen will, er Graf Ludner nicht um seinen „Schiffes“ Betragen, auf dem er seine „abenteuerliche Weltreise“ antreten wird, eine Schiffsanstellung veranlassen, auf der den Ausländern die Entwicklung unserer modernen Industrie und Technik gezeigt und erklärt werden soll. Dabei wird Graf Ludner von unseren Schönen deutscher Vaterland erzählen, von Fragen zu Herzen mit er sprechen, und so zu benehmen werden, daß Deutschland seine Kolonien wieder haben muß. Wie soll das arme Deutschland seine große Reparationen bezahlen, wenn es ein so mächtiges Kolonialreich wie Frankreich nicht einmal vermag? — Solch wird Graf Ludner vor aller Welt verkünden, daß unter deutschen Väterland liegt, seine alten Ideale wiedergewinnen und sie hoch hält, freudig, wie es stets gewesen, wird es durch Taten, nur durch Taten sich den Blick wieder erörtern, der ihm unter den Wäldern der Erde gepulst! Und wenn Herr Prof. Dr. Gildbrandt seinen Artikel mit einem alten Berliner Wort schließt, so möchte ich mit einem Ausdruck Friedrichs des Großen schließen, mit dem er einer Schmachdiktatur begnügt: „Niedriger künge!“ Harald Lindenberg, Berlin.

Halle und Umgebung

Halle, 8. Februar.

Auftakt zur Missionskonferenz

Am Sonntag nahm die 48. Jahresversammlung der Missionskonferenz in der Provinz Sachsen und Anhalt ihren inoffiziellen Anfang.

Schon am Vormittag wurden in sämtlichen Kirchen besondere Missionsandachten abgehalten; Missionare erzählten von der Arbeit auf den Missionsfeldern, wobei sie besonders für Kinder von Interesse ist und luden ihre Zuhörer und Zuhörerinnen für die große Sache zu begeistern, um die es sich bei dem Werk der Weltmission handelt.

Am Abend hielt der Halle'sche Verein für ärztliche Mission seine Jahresversammlung ab. Zwei bedeutende Kenner chinesischer Verhältnisse, P. Joh. Müller in Berlin und Prof. Ma. S. Barmen, die beide 22 bzw. 23 Jahre in China gewirkt haben, berichteten über chinesische Verhältnisse. P. Müller sprach von dem Urteil der Chinesen über westliche Kultur und ärztliche Mission. In dem großen Reich der Mitte nimmt es nicht Wunder, daß verschiedene Auffassungen nebeneinander stehen. Neben einem modernen Chinesentum, das seit dem Westzuge einen sehr positiven Einfluß hat, gibt es eine andere Schicht, die sich der westlichen Kultur in hohem Grade aufgeschlossen hat und eine dritte, die völlig im Sinne des Konfuzius steht. Die Vorgesandten und der Westzug wurden als Einflüsse in die neue chinesische Geschichte gewürdigt, durch die sich die drei verschiedenen Schichten erklären. Wichtig ist, daß die ärztliche Mission immer mehr in China Eingang gewinnt und sich Beachtung verschafft.

Prof. Ma. S. Barmen sprach über die Einwirkung des Westens auf den Sozialismus in China, das 8 Stunden von Kanton entfernt liegt und der Missionen Missionsgesellschaft gehört. Ein deutscher Arzt arbeitet dort mit zwei chinesischen Missionärgenossen und einer Pflegerin. Bei den öffentlichen Reden, die dreimal wöchentlich stattfinden, werden je 200 Menschen bekehrt. Dort gibt es denn auch die Möglichkeit, missionarisch zu arbeiten. An den übrigen drei Tagen in der Woche werden Operationen ausgeführt. Prof. Ma. S. ging auch auf die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit ein und erklärte von Verhältnissen aus dem chinesischen Bürgerkrieg.

D. S. Müller leitete das Jahresbericht des Vereins für ärztliche Mission ab. Er erwähnte Besichtigungen in der Mission (Gen. Sup. D. Meyer), ebenfalls 24. Juli Vortrag in der „Lage zu den drei Dingen“ von Prof. D. Richter, morgen vormittag 10 1/2 Uhr Hauptversammlung.

Ein Straßenaub

Es war am Tag vor dem Festigen Abend. Frau Schw. kam gegen 9 Uhr nach Hause. Wie sie aus der Waggeburger Straße in die Gerntraustraße einbog, hörte sie Schritte hinter sich. Sie hämmerte sich noch weiter um den hinter ihr drein kommenden Mann und machte sich eben daran, den Schlüssel zur Haustür, die den kleinen Vorraum bis zur Haustür abschließt, aus ihrer Tasche zu nehmen. Da blieb die Person hinter ihr stehen und fragte Frau Schw. nach der Wohnungszahl. Sie wandte sich dem Sprechenden zu und sah, daß es ein unbekannter Mann war. Vorherkommen, damit sie seine Frage in der Wohnung beantwortet, daß er sich entfernen werde. Er antwortete, daß er fräulein oder sich nicht. Ich habe einen Koffer 3 M. gelassen; er soll R. 10 nehmen; doch die Nummer gibt es in der Wohnungszahl nicht. Frau Schw. hielt die Tasche für erlitten und wollte den Schlüssel ins Schlüsselloch stecken. Da hörte sie ihn noch einmal brummen, daß sie nicht verstand; riefte sie auf und sah sich fragend nach ihm um.

In diesem Augenblick padte er sich am Arm, drängte sie ans Gitter und entriegelte mit raschem Griff die Kompartimentfestgehaltene Tasche. Der Lieberall geschah so schnell, daß Frau Schw. ein Wimpern wie erstarrt stand. Angewidert war der Mann nach der Waggeburger Straße zu gehen und liefte, in den Anlagen am Bahnhofsamt zu verschwinden. Aber ehe er noch um die Ecke bog, war Frau Schw. wieder zu sich gekommen und schrie ihm, so laut es ihr möglich war, nach: „Hilf! Hilf! Hilf! Halte den Mann!“ Zwei zufällig des Weges kommende Passanten nahmen die Befolgung an, und es gelang ihnen mit Hilfe anderer auch, den Dieb zu fassen und festzunehmen. Frau Schw. erlittete sofort Anzeige bei der Polizei. Schon gegen 11 Uhr meldete sich die Kriminalpolizei und forderte sie auf, sich ins Polizeigebäude zu begeben. Hier wurde ihr die entlassene Tasche vorgelegt. Im nächsten Tage wurde der Dieb gefasst, der ihn hinterbracht. Die Wohnungszahl, die er angegeben hatte, war die Nummer der Frau Schw. gegenüber. Er leugnete die Tat und behauptete, er sei auf die Halterin der Frau Schw. dem Häuber vorgegangen und verhaftet worden. Frau Schw. wollte wohl in ihm den Dieb wiedererkennen, doch konnte sie sich nicht mit voller Bestimmtheit äußern, weil es vor ihrem Hause gewesen war, und sie kein Gedächtnis für ganz kurze Zeit und unbedeutend gesehen hatte. Doch schon am Tage darauf legte er ein offenes Geständnis ab. Das Gericht ließ weitgehendes Milde gegen den etwa 30jährigen Mann walten und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 14 Monaten.

„Aufbruch“ in Köselitz

Es klingt sehr gefährlich; aber es gibt doch auch einen Sturm im Wasserlauf.

Der Nachbarbeiter G. war gegen den Willen des Wohnungsamtes bei einem Bekannten eingezogen und sollte wieder ernannt werden. Seit drei Jahren wartete er schon; es war also natürlich, daß er sehr enttäuscht war über den Bescheid des Wohnungsamtes, der ihn nicht zum Bekannten einziehen ließ, sondern gleich aufgegeben, die Familie G. wieder in ihre sehr kleine, sehr feuchte Wohnung zurückzuführen. Er hatte deshalb auf alle Arten um Umeinweisung eines Obdaches nach die eine Antwort: „Ich habe mit der ganzen Sache nichts zu tun!“ So fanden die Angehörigen von der Frau, und ein letzter Akt ging nieder. Frau G. war noch nicht mit dem Kommando, dieses Kommando zu befehlen, auf den Bürgermeister. Doch er glaubte ihr nicht, deshalb ließ die Umeinweisung immer höher. Während des Nachmittags gingen Leute am Hause des Bürgermeisters auf und ab. Drohende Lebensarten fielen. „Diese Nacht werden Sie es erleben!“ wurde der Schreiber des Bürgermeisters gesagt. Diesen wurde sofort geteilt, daß mit dem Heberjasskommando in Halle in Verbindung zu setzen.

„Gibt es noch nicht los?“ sagte ein Vorübergehender zu zwei in der Nähe stehenden Personen. „Nein, erst um 10 Uhr!“ war die Antwort. So war es auch. G. kam und klopfte beim Bürgermeister an und rüttelte, daß man es käuflicher hielt. Glück nach ihm trafen noch andere ein — es waren nämlich

Halle führt im Flugverkehr

Die neuen Luftlinien des Jahres 1926 — Die Stellung des Halle'schen Magistral — Ein neuer Flugplatz — Halle und Leipzig — Leipziger Angriffe gegen die Halle'schen Luftverbindungen

Wir hatten in der „S. Z.“ an dieser Stelle im alten und neuen Jahr mehrfach dem auf die berechtigten Interessen unserer Halle'schen Luftverkehrler hingewiesen. Es war ferner auf die Situation Leipzigs in dieser Frage hingewiesen worden. Insofern gefährlichen werden kann, als die Flughafen-überrestliche Flughafenverpflichtung, während unter ungefähren Anforderungen, die das neue Flughafen an ihn stellt, zu genügen. Es war darum auch schon mehrfach von uns auf die Notwendigkeit einer neuen großen, leistungsfähigen Luftverkehrsanlage für die Halle'schen Flughafen hingewiesen worden.

In Reichsverkehrsministerium ist man nun nach der Besichtigung des Aero-Flughafens bei den Junkers A. O. drangekommen, die neuen Flughafen für die kommende Saison festzusetzen. Es sei gleich im Voraus betont, daß folgende neuen Linien zunächst nur projektiert sind. Es kann also noch mancherlei daran geändert werden. Halle kommt fest diesen Linien verhältnismäßig gut weg. Es ist nur darum nicht geringe Anlauf vorhanden, sich in Halle in Sicherheit zu wissen.

- Halle erhält folgende Verbindungen:
- Berlin—Halle—München mit halber Reichssubvention,
- Berlin—Halle—Stuttgart mit Subvention von selten Reichens, soweit preussisches Gebiet überfliegen wird,
- Berlin—Halle—Erfurt—Bonn mit Reichs-Subvention,
- Halle—Magdeburg und Halle—Erfurt mit preussischer Subvention,
- Halle—Gannover ohne jegliche staatliche Unterstützung,
- Halle—Dresden mit Unterstützung des preussischen Staates.

Es ist also klar ersichtlich, daß Halle endlich einmal in seiner Stellung als Mittelpunkt des mitteldeutschen Inlandverkehrs die wichtige Würdigung erfährt. Zumal werden die für Leipzig projektierten Linien dagegen halten. Leipzig weist folgende Verbindungen auf: Berlin—Leipzig—München, mit halber Subventionierung vom Reich, Dortmund—Stuttgart—Leipzig—Dresden—Breslau (ohne Reichs-Subvention, jedoch mit Unterstützung des preussischen Staates, soweit preussisches Gebiet überfliegen wird), Chemnitz—Leipzig—Gannover—Erfurt (ohne jede Unterstützung), die Ergänzungstrasse von Chemnitz nach Prag hängt noch von der Pariser Verhandlungen ab und wird eventuell Reichs-Subvention erhalten. Es ist klar ersichtlich, daß

Halle der maßgebende Flughafen Mitteldeutschlands werden wird. Doch ist eine Bedingung dabei: Halle muß bei der Verwirklichung dieser Projekte finanziell mit helfen. Verantwortlich sind in auswärtigen Zeitungen, die uns unsere Artikel vorlesen konnten, die für Halle in Aussicht genommenen Linien (ausdrückl.) geradezu phantastische Summen genannt. So berichtigte eine auswärtige Zeitung von einer Verpflichtung von jährlich 600 000 Mark, die auf 10 Jahre gilt. Wir halten derartige Angaben für durchgängig, um darauf nicht einzugehen. Sowie wollen wir jedoch hier fest sagen:

Sollte diese Summe demnach zutreffen, so dürfte der Halle'sche Magistral auch nicht mit der Wimper zucken. Die Kosten müßten in Anbetracht dessen, daß es sich jetzt darum handelt, Halle eine Stellung für die Zukunft zu schaffen, übernommen werden. Es liegt in dieser Hinsicht an die Stellung Halle's als Eisenbahnknotenpunkt erinnert, bei deren Schöpfung ähnliche Gesichtspunkte wie heute mitzuspähen. Bis heute ist die Zeitfahr- der Eisenbahnlinien Mitteldeutschlands trotz aller Mühsal Leipzig's. Halle wird auch in Zukunft der Knotenpunkt des Luftverkehrs werden und bleiben, wenn der Magistral jetzt die Anlage sein Schicksal selbst und seine finanzielle Lage klärt. Es ist allem in zu erwarten, daß das Eisenbahndirektorat hier die nötige Bereitschaft offenbart; vor allem, daß die Eisenbahnen einsehen, daß eine Annahme derartiger Vorlagen keine finanzielle Belastung darstellt, sondern im Gegenteil eine Entlastung, denn es werden Arbeitsgelegenheiten geschaffen.

Vor allem insofern, als dadurch ein neuer Flughafen eine unbedingte Notwendigkeit wird. Dieser Flughafen stellt eine der Verbindungen dar, die sich an die Leipzig aller dieser Luftlinien über Halle knüpfen! In den Plänen wird die Schaffung einer solchen modernen Luftverkehrsanlage mit 800 000 Mark veranschlagt. Die Mittel hierfür müssen unbedingt dafür flüssig gemacht werden — wenn nicht anders, auf dem Wege einer Anleihe! Denn es geht um Halle's Zukunft, auf dem Wege einer Anleihe! Es geht um Halle's Zukunft, auf dem Wege einer Anleihe! Es geht um Halle's Zukunft, auf dem Wege einer Anleihe! Es geht um Halle's Zukunft, auf dem Wege einer Anleihe!

Es sei auf die Unterstützung, die Halle im Kampf gegen Leipzig durch den preussischen Staat erfährt, gebührend erwähnt. Preußen gibt 1 Mark für jeden Hektar 110 Meter, der auf preussischem Gebiet gelegen ist.

Als selbstverständlich war es anzunehmen, daß bei Bekanntwerden dieser Pläne Leipzig auf dem Plan erscheinen würde. Doch dies jedoch in einer derartigen Weise geschehen würde, die es in den Leipziger Neuesten Nachrichten (Nr. 38, Seite 15) festzustellen war nicht anzunehmen. Es scheint darum geboten, diesem Fall noch einige Worte zu widmen.

Rachem man die Bedeutung Halle's als mitteldeutsches Industriezentrum, namentlich für die Stoffindustrie, zugegeben hat, verfuhr man auf unfaire Art innerhalb der Konkurrenzverhältnisse anzusetzen, indem man fragte, ob es im Interesse des Luftverkehrs sowie der fliegenden Eisenbahnen einmündiger liegt, den Flughafen Leipzig zu über alles Halle hinaus vorzuziehen? (betrifft die oben angeführten Zahlen!) Doch Leipzig nicht gewillt ist, sich mit diesen Plänen abzufinden, beweisen die gegenständlichen Proteste der Reichsregierung an das Reichsverkehrsministerium. Eine letzte Gefahr besteht darin, daß Leipzig als einziger mitteldeutscher Flughafen durch seinen Bürgermeister Ludwig im Auftrage der „Halle'schen“ der neugegründeten (aus Aero-Flughafen und Junkers) Luftverkehrsgesellschaft, vertreten ist.

Mit welcher Intention man in Leipzig gegen Halle arbeitet, geht daraus hervor, daß man

für Leipzig diesen Linien neu hinzuführt, deren Verwirklichung Halle zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken würde! Weiter rufen man die Städte auf den Plan, die dagegen protestieren würden, mit Halle und Leipzig verbunden zu sein. Als letztes und gefährlichstes Moment kommt noch hinzu, daß der sächsische Staat um Unterstützung angegangen wird und diese auch gewährt wird. Vor allem ist nicht das große Mißverhältnis, daß im Reichsfinanzministerium Dr. Peter Reinhold für Halle liegt. Es wurde in Leipzig kürzlich in aller Öffentlichkeit und ganz unbedarft dem Reichsminister, Dr. Reinhold, ehemaliger sächsischer Finanzminister, in Leipzig und mit dieser Stadt noch jetzt auf das innigste verbunden. Diese Ungleichung wird sich schon bei den kommenden großen Konventionen bemerkbar machen. Wir können in Sorge an dieser Stelle auf diese Frage zurückzukommen. Es ist anzunehmen, daß auch in diesen Flugfragen der Reichsfinanzminister gegenüber Leipzig eine wohlwollende Stellung einnehmen wird!

Angesichts der Schwere dieser eben angeführten Lasten bleibt für Halle nur eins übrig, die bestehenden Pläne mit allen Mitteln zu fördern. Vor allem die hiesige Industrie trage ihr Scherchen endlich einmal bei, denn es wird niemand bestreiten können, daß gerade bei den großen Notzeiten ein solcher Festigung der Stellung Halle's als Mittelpunkts Mitteldeutschlands erwünscht. Vor allem sei auf unsere Halleser in dieser Beziehung selbst hingewiesen: dort finden die Flugverkehrsleistungen ihre größte Stütze nicht im Magistral, sondern in den Kreisen des Handels und der Industrie, die die maßgebende Zustimmung in Leipzig erteilen. Vor allem sei auf unsere Halleser in dieser Beziehung selbst hingewiesen: dort finden die Flugverkehrsleistungen ihre größte Stütze nicht im Magistral, sondern in den Kreisen des Handels und der Industrie, die die maßgebende Zustimmung in Leipzig erteilen. Vor allem sei auf unsere Halleser in dieser Beziehung selbst hingewiesen: dort finden die Flugverkehrsleistungen ihre größte Stütze nicht im Magistral, sondern in den Kreisen des Handels und der Industrie, die die maßgebende Zustimmung in Leipzig erteilen.

Erwünscht ist noch, daß die oben erwähnten Pläne mit dem 1. April in Kraft treten, falls die Leipziger Behörden nicht schon eine vorübergehende Wendung durchgehen.

2232 Studenten

Besuch der Universität Halle.

Die Vereinigung Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg weist im laufenden Wintersemester 2232 immatrikulierte Studierende auf.

Die einzelnen Fakultäten zählen: theologische Fakultät 124, rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät 751 (davon 388 Rechtswissenschaftler und 163 Staatswissenschaftler), ferner medizinische Fakultät 202, davon 80 Studierende der Zahnheilkunde, philosophische Fakultät 285, schließlich naturwissenschaftliche Fakultät 994, davon 704 Studierende der Landwirtschaft.

Der Gesamtbesuch der Universität betrug im Wintersemester 1925/26 2133 Studierende und 213 Reichsangehörige. Außer den bornemurten Studierenden sind zum Hören von Vorlesungen berechtigt 148. Die Gesamtzahl der Berechtigten ist mithin 2281.

Die Gruppe Süd-Ost der Halle'schen Deutschnationalen hielt am Freitagabend im Saal des Schultheißenamts ihre erste diesjährige Versammlung ab. Sie sehr gut besucht war, ab. Frau F. Rüggenmann, die Vorsitzende leitete, begrüßte die Erscheinenden und forderte und erbat von jedem einzelnen Mitglied Mitarbeit und Ergebenen zu den wenigen angelegten Versammlungen. Niemand darf müde werden oder sich durch die von der linken propagandistische Parteimitgliedschaft, die in Wirklichkeit nur in den großen Kreisen herrscht, beherrschten lassen. Eine eine starke Deutschnationalen Parteipartei geht die vaterländische Bewegung zurück hin, wird von der linken propagandistische Führer frei von den über die Reichswehr mit Recht. Er schließt die Entwidlung des preussisch-deutschen Meeres und kam auf unsere junge Reichswehr zu sprechen. Aus den geschilderten Wählern konnten sich die Führer ergeben, daß der Geist bei allen Meeres im neuen Meerestrotz trotz aller Unterdrückungen der Gegner. Die Westpolitik muß wieder eingeführt werden. Reichswehr konnte dem Vortrage. Nach einem Schlußwort der Leiterin wurde die erste Versammlung von Süd-Ost beendet.

Das Finanzamt Halle-Stadt ist Dienstag und Freitag für den Buchführerbesuch geschlossen, an den übrigen Tagen von 8 1/2 bis 12 Uhr geöffnet.

erhalten 7 höchste Preise der „Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft-Ausstellungen“ für naturreine Weine, die vor der Drückung 2 mal den Aquator passieren mußten.

Die Weine von Johannes Grün

